

(Abg. Dr. Niethammer.)

- (A) im Ausschuß schon mitgeteilt wurde, daß er fallen gelassen ist und daß alle Fragen, die unter die Rubrik „Nachelosen“ gehören, den unteren Behörden zur eigenen Entscheidung überlassen sind. Aber, meine Herren, die gestrige Verhandlung, die wir in diesem Hause erlebt haben, ist ja eine eigentümliche Vorbereitung für unsere heutige Beratung und unerwartet in der Zeitfolge und bis zu einem gewissen Grade auch wohl von vielen unerwartet in ihrer Wirkung, hinsichtlich der Dringlichkeit, mit der von allen Seiten dieses Hauses zum Ausdruck gebracht worden ist, daß es in mancher Hinsicht so nicht weitergehen kann,

(Sehr richtig!)

daß wir eine Eisenbahnverwaltung brauchen, die nicht im Nebenamte und als Unterinstanz des Finanzministeriums, sondern in klarer, einheitlicher, auf sich selbst gestellter Verwaltung ihres Amtes waltet.

(Sehr richtig!)

- Wir haben doch in den letzten Jahren manches erlebt, was die Eisenbahnverwaltung und das Finanzministerium als notwendig hingestellt hatten und was sich nicht verwirklicht hat. Ich erinnere mich, daß der Herr Finanzminister Dr. v. Rüger in der letzten Session ausgesprochen hat, die Regierung müßte sich mit der Errichtung von neuen Zügen die größte Beschränkung auferlegen. Gerade das Gegenteil wird wohl der Fall sein; wir werden gezwungen sein durch die ungeheure Entwicklung unseres Personenverkehrs und auch durch die ungeheure Entwicklung unseres Güterverkehrs, einen entscheidenden Schritt vorwärts zu tun. Das ist ja auch die Empfindung, die gestern von allen Seiten zum Ausdruck gebracht worden ist.

(Sehr wahr!)

Auch anderwärts steht man auf dem Standpunkt, daß die Eisenbahnverwaltung den Anforderungen der Zeit nicht im Tempo genügt. Ich verweise auf den Jahresbericht der Essener Handelskammer, wie er in der Zeitschrift „Westfälische politische Nachrichten“, die in Dortmund erscheint, zu lesen ist. Da heißt es:

„Unbestreitbar geht durch unsere gesamte Eisenbahnpolitik heute ein stark fiskalischer Zug.“

Es ist mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß es gerade die Eisenbahn ist, welche gegenüber der rapide anwachsenden Belastung unserer Gütererzeugung durch öffentliche Abgaben aller Art einen Ausgleich schaffen kann und muß. In guten Zeiten hat man unserer Erwerbsmäßigkeit entgegengehalten, sie habe eine Tarifiermäßigung nicht nötig; in schlechten Zeiten hat

man eingewendet, daß die schlechte Finanzlage des Staates Ermäßigungen nicht zulasse.“

(Sehr richtig! Weiterkeit.)

Ich glaube ohne weiteres, daß der Herr Finanzminister unter dem Eindrucke steht, ein Verkehrsministerium wird ihm persönlich und dem Finanzministerium gewisse Schwierigkeiten bereiten. Ich teile diese Besorgnis nicht in dem Maße. Wir glauben im Gegenteil, daß auch eine große Entlastung eintreten wird. Wir können leider dem Herrn Finanzminister sein Amt nicht leicht machen; aber wir wollen gern alles dazu beitragen, ihm sein Amt zu erleichtern. Ich habe den Eindruck, daß Sitzungen wie die gestrige und alle die Sitzungen, denen der Herr Finanzminister in diesem und dem jenseitigen Hause beiwohnen muß, weil ihm die Bahnen direkt unterstehen, doch eine ganz ungeheure Belastung seiner Amtstätigkeit bedeuten.

(Sehr richtig!)

Auch ich bedaure, daß mit der heutigen Verhandlung die ersehnte und unserer Bahnverwaltung ganz gewiß so dringend nötige Beruhigung nicht eintritt; ich hoffe aber, daß die weiteren Beratungen in der Finanzdeputation A und B, denen, wie ich erwähnte, die Vorlage überwiesen werden soll, einen Abschluß bringen, mit dem wir uns einverstanden erklären können. Ich weise darauf hin, daß in dem Artikel von v. Völcker drei Organisationsysteme, die in Deutschland bestehen, unterschieden werden: die älteren, die späteren und die neueren, und daß die sächsische Organisation von ihm unter die älteren gerechnet wird.

(Hört, hört!)

Auch das gibt uns eine Richtlinie für die vorliegende Frage und für die weitere Verhandlung in der Finanzdeputation.

(Lebhaftes Bravo!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Hofmann.

Abg. Hofmann: Meine Herren! Im Namen meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß sie damit gern einverstanden sind, diese Zeitschrift antragsgemäß, wie es von Herrn Kollegen Dr. Niethammer vorgeschlagen worden ist, der Finanzdeputation A und B zu überweisen. Ich kann mich auch in Anbetracht dessen, daß wir ja in der Deputation Gelegenheit haben werden, in der ganzen Angelegenheit noch einmal eingehende Verhandlungen zu pflegen, heute kurz fassen.

Es ist meinen politischen Freunden nicht leicht geworden, zu entscheiden, ob man der Reformation, die die Königl.